



## Weniger Straftaten, aber mehr sexualisierte und politisch motivierte Gewalt GdP fordert Herabsenkung des Strafmündigkeitsalters und Strategie zur Polizeiarbeit im Netz

GdP-Info  
06-2026

Berlin. Der Trend geht in die richtige Richtung, zurücklehnen sollte sich Berlins Politik aber nicht. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zieht anlässlich der Vorstellung der Polizeikriminalitätsstatistik (PKS) sowie der Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ein differenziertes Fazit. Wenngleich die Zahl der Straftaten deutlich zurückgegangen ist, wächst die Intensität an Gewalttaten. Besonderen Fokus legt die GdP auf junge Täter, den Tatort Internet sowie die wachsende politische Gewalt in der Hauptstadt.

„Ein Rückgang um 36.306 Fälle ist erstmal eine gute Nachricht, da wir dem stetigen Anstieg der letzten Jahre endlich mal etwas entgegensetzen konnten. Natürlich aber müssen wir das sachlich einordnen. Die PKS ist in erster Linie ein Tätigkeitsnachweis, kein Gesamtbild der Kriminalität in dieser Stadt und eben auch nur eine Momentaufnahme. Die Statistik profitiert vom deutlichen Rückgang bei den Eigentumsdelikten, was neben der hervorragenden Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen auch daran liegen kann, dass die vielfach verantwortlichen reisenden Banden woanders unterwegs sind. Sie profitiert auch vom Rückgang bei ausländerrechtlichen Verstößen, bei denen wir wie beim Thema Drogen über Kontrolldelikte reden. Jeder weiß, wie sehr wir mit Blick auf den Personalkörper und die wachsenden auch politisch gewollten Aufgaben priorisieren müssen, um überhaupt noch Funkwagen und Wachen besetzen zu können. Insofern kann es in den nächsten Jahren auch nur darum gehen, eine echte Debatte über polizeiliche Kernaufgaben zu führen und Grundlagen dafür zu schaffen, dass wir mit technischen Lösungen, auch mit KI, Polizeiarbeit effektiver machen können“, so GdP-Landeschef Stephan Weh am Mittwoch.

Während die Zahlen in vielen Bereichen rückläufig sind (u.a. Raub -5,8 %, Körperverletzung -1,6 %, Diebstahl gesamt -9,2 %, Rauschgift -20,6 %, Ausländerrechtliche Verstöße -39,2 %), steigen die Zahlen bei Mord und Totschlag (+48 Fälle), den Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung (+15,7 %, vor allem Kinderpornographie +53,6 % und Jugendpornographie +86,8 %), Messerangriffen (+5,5 %) und Schusswaffenverwendungen (+68 %). „Wenn man beachtet, dass sich allein die Zahl der vollendeten Tötungsdelikte verdoppelt hat, die Messerzahlen weiter steigen und immer häufiger Schusswaffen eingesetzt werden, ist das sehr besorgniserregend. Auch, dass wir trotz leichtem Rückgang über 5.000 tatverdächtige Kinder reden. Wenn wir hier nicht ernsthaft dazwischengrätschen, entwickeln sich kriminelle Karrieren. Wir sehen schon jetzt, dass 12-Jährige zu massiver Gewalt bereit sind. Deshalb müssen wir sachlich über einer Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters diskutieren. Zudem fehlt es weiterhin an einer nachhaltigen Strategie für den Tatraum Internet. Menschen sind hier viele Stunden am Tag unterwegs, begehen Straftaten, aber wir sind bis auf wenige Ausnahmen nicht präsent. Das Dunkelfeld ist gigantisch und jeder hat mitbekommen, wo sich heute Menschen radikalieren“, so Weh.

Wenngleich die Zahl der Angriffe auf Polizisten (9.819), Feuerwehrleute und andere Rettungskräfte (273) leicht zurückging, sei auch das kein Erfolg: „Wir reden bei jedem einzelnen Fall über einen Angriff auf einen Menschen, der tagtäglich für unsere Sicherheit im Einsatz ist, also einen Angriff auf unseren Demokratie.“ Abschließend zog der GdP-Landeschef ein kleines Fazit zur politisch motivierten Kriminalität, die in nahezu allen Bereichen weiter ansteigt. „Globale Konflikte verlagern sich immer häufiger auf unsere Straßen und leider wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit oftmals zur Begehung von Straftaten missbraucht. CDU und SPD haben auch dank des vehementen Einsatzes unserer Innensenatorin und der beiden innenpolitischen Sprecher in den letzten Jahren viele gute Änderungen auf den Weg gebracht. Man kann sich jetzt aber nicht zurücklehnen, gerade mit Blick auf die politisch motivierte Kriminalität. Wir brauchen eine Novellierung des Versammlungsfreiheitsgesetzes, mehr Einsatz von Videoüberwachung, eine Ausweitung der Quellen-TKÜ und personell wie technisch ausgestattete Polizei und Justiz, um Extremisten das Handwerk zu legen.“

Eigendruck im Selbstverlag / Impressum  
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes – v.i.S.d.P.):  
**Gewerkschaft der Polizei LB Berlin**  
Landesvorsitzender Stephan Weh  
Kurfürstenstraße 112 / 10787 Berlin  
mail: [gdp-berlin@gdp-berlin.de](mailto:gdp-berlin@gdp-berlin.de), web: [www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)



**Gewerkschaft  
der Polizei**

Berlin